
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 17/3 (1990)

DOI: 10.11588/fr.1990.3.56662

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

sich hinter der Maginot-Linie verschanzende Armee stellte deshalb schon am Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr das Instrument dar, dessen die französische Politik bedurft hätte. Durch politische Instabilität und finanzielle Handlungsunfähigkeit immer weiter geschwächt, muß ihr Zustand am Vorabend des Zweiten Weltkrieges als »catastrophique« (S. 317) und »hybride« bezeichnet werden: »l'exact reflet d'une doctrine militaire controversée et d'une politique militaire foncièrement défensive« (S. 325). Vaïsse dramatisiert seine Darstellung nicht, aber er beschönigt auch nicht die Vergangenheit. Wie wenig die französische Armee nach 1945 noch in der Lage war, für den teilweise wiedererlangten Großmachtstatus ihres Landes einzutreten, zeigte sich vor allem in den Befreiungskriegen bis 1955 in Indochina und ab 1954 in Algerien. Ohne die erforderlichen materiellen Voraussetzungen, praktischen Erfahrungen und ideellen Zielsetzungen, »l'armée française mène une guerre périmée, sans moyens et dans l'ignorance de la guérilla« (S. 435).

Eine neue Rechtfertigung erlangte die französische Armee durch de Gaulles Politik der nationalen Unabhängigkeit, wie sie durch die beschleunigte Entwicklung der Force de Frappe möglich wurde. Erst als Atomstreitmacht wurde die Armee unter der Fünften Republik wieder ein neues und sogar entscheidendes Instrument der französischen Außenpolitik, ein »élément stable de la nation« (S. 492, vgl. auch S. 478, 482 und 499). Diese zentrale Stellung der Armee im politischen Gefüge des gegenwärtigen Frankreich hat seit dem Abgang General de Gaulles keine französische Regierung in Frage zu stellen gewagt.

Helmut REIFELD, Kelkheim

Stig FÖRSTER, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart (Franz Steiner Wiesbaden) 1985, VIII–322 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, 118).

Neben der intensiv und gewinnbringend geführten Diskussion über Ursachen und Motive der deutschen Politik in der Julikrise 1914 wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Außenpolitik des Kaiserreiches in den vergangenen Jahren vor allem durch die These vom Sozialimperialismus beherrscht. Demnach »bestand die Intention und Funktion namentlich der deutschen überseeischen Expansion auch darin, als konservative Ablenkungs- und Zähmungspolitik systemgefährdende Reformbestrebungen – wie sie die emanzipatorischen Kräfte des Liberalismus oder der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung verkörperten – nach außen abzulenken« (Wehler, *Kaiserreich*, 3. Aufl., 1977, S. 173). Für das imperialistische Ausgreifen des Deutschen Reiches mit allen seinen Folgen seien also in erster Linie die konservativen Eliten des Kaiserreiches, nicht aber das aufstrebende liberale Bürgertum verantwortlich gewesen.

Diese mitunter äußerst kontrovers geführte Debatte über die innenpolitischen Antriebskräfte der deutschen Außenpolitik wird durch die vorliegende Studie von Stig Förster über den doppelten Militarismus des Kaiserreiches, die aus einer von Wolfgang J. Mommsen betreuten Düsseldorfer Dissertation hervorgegangen ist, bereichert und belebt, da sie einige bisher von den Befürwortern der Sozialimperialismus-These als gesichert geltende wissenschaftliche Befunde in Frage stellt. Der Verfasser untersucht das Phänomen des konservativen *und* des bürgerlichen Militarismus (S. 7) vor allem am Beispiel der deutschen Heeresrüstungspolitik. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Förster nicht etwa aufgrund spektakulärer neuer Quellenfunde zu seinen Ergebnissen gelangt. Vielmehr basiert seine Arbeit unter anderem auf der sorgfältigen Auswertung der Stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages von 1890–1914, die der Forschung bekanntlich schon seit langem zur Verfügung stehen. Der Verfasser bezeichnet die Quellenlage seiner Abhandlung allerdings selbst als »problematisch« (S. 9); so wurde ihm leider der Zugang zu den Archiven in der DDR

versagt, während die Originalakten des preußischen Kriegsministeriums und des Generalstabes fast vollständig vernichtet worden sind.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Untersuchung, der sich mit den Jahren von 1890 bis 1897 beschäftigt, steht die innenpolitische Auseinandersetzung um die Heeresvorlage Caprivi im Jahre 1893. Mit der vom Reichskanzler geforderten drastischen Vermehrung der Friedenspräsenzstärke reagierte das Deutsche Reich auf die sich seit 1890 vollziehenden außenpolitischen und strategischen Veränderungen im internationalen Staatensystem. Ziel der Reichsleitung sei es gewesen, den bestehenden außen- und innenpolitischen Status quo zu verteidigen. Im Zeichen des vorherrschenden Militarismus »von oben« meldete die Deutschkonservative Partei massive Vorbehalte gegen eine zu starke Heeresvermehrung an, da diese zwangsläufig zu einschneidenden Veränderungen in der Zusammensetzung des Offizierskorps zu Ungunsten der dominierenden alten Eliten führen mußte. Damit zeigte sich aber bereits ein grundlegendes Dilemma für die konservativen Kräfte im Kaiserreich, das sich in der Folgezeit noch weiter verschärfen sollte: Während innenpolitische Überlegungen im Sinne der Erhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine allzu weitgehende Aufrüstung unangebracht erscheinen ließen, erzwangen außenpolitische Entwicklungen eine umfangreiche Heeresvergrößerung. Detailliert und ausführlich schildert der Verfasser anschließend die Haltung der übrigen Parteien zur Heeresvorlage, wobei er keinen Zweifel daran läßt, daß er den Argumenten der Regierung mit großer Skepsis gegenübersteht. Uneingeschränkte Bewunderung zeigt er dagegen für die Auffassung des freisinnigen Parteiführers Richter, der in einer »glänzenden Analyse« (S. 62) die Behauptung Caprivi widerlegt habe, »daß von der Annahme der Heeresvorlage die Sicherheit des Reiches abhängt« (S. 62). Försters Kritik an dem Regierungsentwurf verweist auf eine allgemeine Tendenz seiner Darstellung; die Heeresrüstungspolitik der Reichsleitung von 1890 bis 1913 wird durchgängig als verfehlt interpretiert, ob sie sich nun für eine Aufrüstung (1893, 1912, 1913) oder für die Beibehaltung der bestehenden Heerespräsenzstärke ausspricht (1897–1911). Dies mag nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der Verfasser hinter den Entscheidungen der Regierung fast immer manipulative Absichten innenpolitischer Provenienz vermutet und es sich offenbar kaum vorstellen kann, daß auch außenpolitische Sacherwägungen die Politik des Kaiserreiches mitbestimmt haben.

Die Auseinandersetzung um die Heeresvorlage Caprivi bildete nach Förster zugleich die Geburtsstunde des »bürgerlichen Militarismus« (S. 65), da es dem Reichskanzler nur durch die Einleitung einer Propagandakampagne gelang, die Widerstände gegen die Vorlage im Parlament zu überwinden. Geleitet wurde dieser Pressefeldzug von jenem August Keim, der später führende Positionen im Flottenverein, im Alldeutschen Verband und im Wehrverein einnahm. Im Unterschied zu seinen Opponenten ging es Keim nicht mehr in erster Linie um die Bewahrung der konservativen Grundlagen des Heeres, sondern vielmehr um eine Rüstungspolitik, die sich ohne Rücksicht auf die damit verbundenen innenpolitischen Rückwirkungen allein am Maßstab der Effizienz zu orientieren hatte.

Die Jahre von 1897 bis 1905, denen sich Förster im zweiten Teil seiner Studie zuwendet, waren alsdann durch die »Priorität der Flottenrüstung im Zeichen der Weltpolitik und des manipulativen Militarismus »von oben«« (S. 75) gekennzeichnet. Wenngleich der Verfasser die von Bülow und Tirpitz eingeleitete Welt- und Flottenpolitik als Versuch der »Manipulation »von oben«« (S. 78) und die Flottenpolitik als eine »besondere Form des konservativen Militarismus« (S. 79) interpretiert, so betont er doch zugleich die »prinzipielle Gegnerschaft« (S. 82) weiter konservativer Kreise zu dieser außenpolitischen Konzeption, während die »Nationalliberale Partei zu einem Hauptprotagonisten der neuen imperialistischen Politik« (S. 83) wurde. Die Politik der »Manipulation von oben« war jedoch – folgt man Förster – alles in allem wenig erfolgreich. Gerade die Diskussionen um die Flottenvorlagen führten schon um die Jahrhundertwende zum Konflikt »zwischen konservativem und bürgerlichem Militarismus, der sich um die Frage drehte, ob die imperialistische Weltmachtspolitik ausschließlich den Zwecken der Systemerhaltung dienen sollte oder ob diese Politik die Veränderung des

bestehenden Systems notwendig und auch möglich machte, weil sie nur durch die Mobilisierung weiter Kreise der Bevölkerung und damit auch deren stärkere Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen innenpolitisch durchsetzbar war« (S. 90). Die Politik der »Manipulation von oben« sei jedenfalls schon zu diesem Zeitpunkt »durch das Erstarken der neuen unabhängigen Rechten gefährdet« (S. 91) worden. Die sich damit aufdrängende Frage, ob man nicht angesichts eines solchen Befundes auf den Begriff der »Manipulation von oben« besser ganz verzichten sollte, wird von Förster leider nicht diskutiert.

Daß die Heeresrüstungspolitik sich in diesen Jahren auf den Weg zum »Nullwachstum« (S. 108) begab, lag einerseits natürlich am Flottenbau, war andererseits aber auch das Resultat der Bemühungen des Kriegsministers v. Einem, »die politische Zuverlässigkeit der Armee zu sichern« (S. 110). Um dieses innenpolitische Ziel zu erreichen, habe dieser die aus strategischen Gründen durchaus notwendige und vom Generalstab unter Schlieffen auch geforderte Verstärkung des Heeres mit Erfolg zu verhindern gesucht und eine Politik »völlig an den Notwendigkeiten der modernen Kriegsführung vorbei« (S. 115) verfolgt. Im Zusammenhang mit dem Quinquennatsgesetz von 1905, das die deutsche Rüstung zu Lande im Grunde »eingefroren« (S. 142) habe, sei alsdann deutlich geworden, »daß der konservative Militarismus sich zu einer Bedrohung für die militärische Sicherheit des Reiches auswuchs« (S. 133).

Erste vorsichtige Kurskorrekturen zugunsten einer verstärkten Heeresrüstung, die Förster im dritten Abschnitt der Untersuchung behandelt, wurden in den Jahren von 1905 bis 1911 zwar diskutiert, aber noch nicht durchgesetzt. Kenntnisreich und mit zahlreichen Belegen zeichnet der Verfasser ein Bild vom Aufstieg der nationalistischen Kräfte und Bewegungen im Kaiserreich, die sich in dem Augenblick um so lauter und kompromißloser Gehör zu verschaffen suchten, als der Mißerfolg der deutschen Weltpolitik beispielsweise in der Marokko-Krise von 1905/06 unübersehbar wurde. Flottenverein, Alldeutscher Verband, Wehrverein (seit 1912), aber eben auch die Nationalliberale Partei entwickelten sich immer stärker zu Zentren eines aggressiven Nationalismus, der die außenpolitische Handlungsfreiheit der Regierung zunehmend einzuengen drohte. Es war daher auch nicht in erster Linie die häufig zögernd und unsicher agierende Politik der Reichsleitung, sondern »der Aufschwung, den der bürgerliche Militarismus in jenen Tagen erfuhr«, der »Europa der Katastrophe ein gutes Stück näher« (S. 151) brachte. Einstweilen widersetzte sich jedoch vor allem das preußische Kriegsministerium einer spürbaren Aufrüstung zu Lande. Förster sieht in dem 1905 entwickelten Schlieffen-Plan ein »Produkt des konservativen Militarismus« (S. 163), denn der Generalstab habe sich am traditionellen Konzept eines Kabinettskrieges orientiert, da ein längerer Konflikt die Existenz des bestehenden sozialen Systems gefährdet hätte. Demgegenüber setzte sich beispielsweise der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bassermann nicht nur für eine verstärkte Flottenrüstung ein, sondern forderte zugleich Reformen in der Armee, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen (S. 178).

Erst der Amtswechsel von Bülow zu Bethmann Hollweg im Jahre 1909 und das Debakel der Marokko-Krise von 1911 führten zu einer Neuorientierung der deutschen Außen- und Rüstungspolitik, mit der sich Förster abschließend im vierten Kapitel seiner Studie über »die Priorität der Heeresrüstung im Zeichen zunehmend aggressiver Kontinentalpolitik und des Militarismus »von unten«« (S. 208) auseinandersetzt. Das Urteil des Verfassers über die von Bethmann Hollweg mit der Heeresvorlage von 1912 eingeschlagene Richtung ist nicht eindeutig. So spricht er einerseits davon, daß die vom Kriegsminister Heeringen vorgebrachten Argumente zugunsten der Heeresverstärkung »weitgehend aus der Luft gegriffen waren« (S. 222), während er andererseits kritisch anmerkt, mit der Vorlage von 1912 hätten die »rüstungspolitischen Versäumnisse seit 1899 auch nicht annähernd aufgeholt« (S. 225) werden können. Bezeichnenderweise sah sich die Regierung ja auch schon im Frühjahr 1913 dazu gezwungen, eine weitere umfangreiche Heeresvorlage im Reichstag einzubringen, die am 30. 6. 1913 mit großer Mehrheit angenommen wurde. Unter dem Druck der sich verändernden internationalen Konstellation und des Militarismus »von unten« (S. 295) hatte die Reichslei-

tung ihre früheren Bedenken gegen eine weitgehende Vergrößerung des Heeres schließlich aufgeben müssen.

Försters sorgfältig recherchierte und stilistisch gelungene Darstellung über den doppelten Militarismus des Kaiserreiches bildet sicherlich eine wesentliche Bereicherung der seit langem geführten Diskussion über die innenpolitischen Antriebskräfte der wilhelminischen Außenpolitik. Dabei dürfte zukünftig auch die Frage im Mittelpunkt stehen, ob das Deutsche Reich *ausßenpolitisch* nicht zuletzt an den ausufernden weltpolitischen Vorstellungen bürgerlich-liberaler Provenienz gescheitert ist, während der konservative »Militarismus« der traditionellen (preußischen) Eliten eine größere Verträglichkeit mit den Interessen der übrigen europäischen Großmächte aufwies.

Rainer LAHME, Passau

Peter Graf KIELMANSEGG, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Stuttgart (Klett-Cotta) 2^e éd. 1980, VIII-755 p.

S'attacher à l'histoire d'un seul pays dans le cadre d'une guerre qui, par définition, engage plusieurs protagonistes est assurément paradoxal, surtout lorsqu'il s'agit de la Grande Guerre où la confrontation a atteint une échelle et un degré jusqu'alors inconnus. Peter Graf Kielmansegg souligne au contraire, dans la réédition de sa monumentale synthèse sur l'Allemagne face au premier conflit mondial (première édition 1968), le bien-fondé d'une telle démarche: la Grande Guerre n'est, à l'origine du moins, que le terme de la croissance de cette Europe des Etats-nations (Staatensystem) héritée du XIX^e siècle; au regard du poids du facteur national dans le conflit, l'entreprise se justifie.

Et c'est ce »système des Etats«, dont l'expression est l'antagonisme des Blocs, qui se trouve au cœur de la crise de juillet 1914, premier temps dans cette fresque. L'ouvrage est en effet centré autour d'événements-clés qui ont ponctué l'histoire de l'Allemagne en guerre mais permettent surtout à l'auteur – qui se propose de rendre compte des travaux de la décennie 1960 qui ont renouvelé l'historiographie du conflit en République Fédérale d'Allemagne –, de dénouer les fils des trois grandes composantes de cette histoire: le déroulement des opérations militaires, la politique intérieure et la politique extérieure. La démarche est fructueuse si on en juge par les problèmes que pose l'analyse méticuleuse de l'auteur et par les remises en cause auxquelles elle aboutit.

D'emblée la question de la responsabilité de l'Allemagne dans le déclenchement de la guerre est »revisitée«; est ainsi mis terme au débat provoqué par la thèse d'un impérialisme allemand à l'origine de la guerre que développa en 1961 Fritz Fischer¹. L'auteur insiste plutôt sur la logique des Blocs qui amena le chancelier Bethmann Hollweg à assurer l'allié austro-hongrois du soutien de l'Allemagne après l'attentat de Sarajevo. Cette attitude était l'expression d'une politique défensive: l'Allemagne de 1914 se sent menacée par l'effort militaire russe d'une part, par les forces centrifuges au sein de la Double Monarchie qui risqueraient de la priver du seul allié possible d'autre part. Aussi est-ce pour ne pas risquer l'isolement que le chancelier allemand, conscient – à la différence de Guillaume II – des risques de conflagration générale, envisagea la probabilité d'une guerre dans l'intérêt de l'Allemagne. Bref, Bethmann Hollweg aurait assumé non une politique »jusqu'au-boutiste«, mais au contraire une politique du »risque de guerre« reposant sur un fondement défensif. C'est la mobilisation russe, les 29 et 30 juillet qui contraignit l'Allemagne à déclencher un conflit généralisé. La décision russe menaçait l'Allemagne qui, contrainte d'obtenir une décision rapide, prévoyait d'engager les hostilités à l'Ouest avant de se retourner contre l'armée russe – en comptant précisément sur la

1 Fritz FISCHER, *Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf, 1961 (trad. fr.: *Les buts de guerre de l'Allemagne impériale 1914-1918*, Paris 1970).